

Medienmitteilung

Departement Finanzen

23. September 2025

Budget 2026: Ausserordentlicher Überschuss bei wachsendem Druck

Der Stadtrat legt dem Parlament für das Jahr 2026 ein Budget mit einem Ertragsüberschuss von 113,8 Millionen Franken vor und plant mit unverändertem Steuerfuss. Das Budget ist geprägt von Neubewertungsgewinnen bei den städtischen Liegenschaften. Gleichzeitig steigen ausgabenseitig die Kosten in den Bereichen Bildung, Soziales und Pflegefinanzierung weiter an. Die strukturellen Herausforderungen akzentuieren sich und es wird zunehmend anspruchsvoll, die städtischen Finanzen im Lot zu halten.

Bei einem Gesamtaufwand von 1,994 Milliarden Franken und einem Gesamtertrag von 2,108 Milliarden Franken weist das Budget der Stadt Winterthur einen Ertragsüberschuss von 113,8 Millionen Franken aus. Das zweckfreie Eigenkapital erhöht sich per Ende 2026 gemäss Planung auf rund 450,9 Millionen Franken.

Einmaliger Neubewertungsgewinn

Das Budget ist massgeblich geprägt von der Neubewertung städtischer Liegenschaften. Weil die Land- und Mietpreise in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen sind, haben die städtischen Liegenschaften an Wert gewonnen. Dies hat Auswirkungen auf die 2026 anfallende periodische Neubewertung von unbebauten Grundstücken im Finanzvermögen der Stadt Winterthur. Dabei orientiert sich die Stadt an den Steuerwerten des Kantons, die durch den Regierungsrat auf Anfang 2026 angepasst werden. Die Neubewertung hat eine einmalige Wertzunahme in der Höhe von rund 140 Millionen Franken zur Folge. Das wirkt sich positiv auf den städtischen Finanzhaushalt aus, ist aber nicht mit einem effektiven Geldfluss verbunden.

Bildung, Soziales und Pflegefinanzierung bleiben Kostentreiber

Die grössten Kostenblöcke im Budget bilden wie schon in den Vorjahren die mehrheitlich gesetzlich vorgegebenen Bereiche Bildung (362,4 Mio. Fr.) und Soziales (151,4 Mio. Fr.) sowie die Pflegefinanzierung (67,4 Mio. Fr.). Die Kosten in diesen Bereichen steigen weiterhin markant an. Dabei bleibt die demographische Entwicklung der Haupttreiber: In der Schule und in der familienergänzenden Betreuung führt die steigende Zahl an Kindern im Schulalter zu einem Kostenanstieg von rund 19,4 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahresbudget. Gleichzeitig haben höhere Fallzahlen bei den Zusatzleistungen zur AHV und IV Mehrkosten von 3,9 Millionen Franken zur Folge. Auch die Pflegefinanzierung wird teurer: Die Zunahme ambulanter und stationärer Pflegeleistungen lässt die städtischen Beiträge um 1,6 Millionen Franken ansteigen.

Leichter Anstieg auf Ertragsseite

Bei gleichbleibendem Steuerfuss von 125 Prozent rechnet die Stadt mit Steuereinnahmen von 521,2 Millionen Franken. Das sind 17 Millionen Franken mehr als im Vorjahresbudget, wobei die Erträge sowohl bei den natürlichen als auch bei den juristischen Personen ansteigen. Der

Steuerertrag der natürlichen Personen erhöht sich trotz Ausgleich der kalten Progression auf 387,3 Millionen Franken (plus 19,2 Mio. Fr.). Bei den juristischen Personen wird mit einem Anstieg des Steuerertrags auf 78,2 Millionen Franken gerechnet (plus 2,7 Mio. Fr.). Der Ertrag aus der Grundstückgewinnsteuer stagniert auf hohem Niveau und kommt bei 55,0 Millionen Franken zu liegen (minus 5,0 Mio. Fr.).

Im Jahr 2026 erhält die Stadt 176,0 Millionen Franken aus dem Ressourcenausgleich. Damit steigt der Beitrag gegenüber dem Vorjahresbudget um 4,0 Millionen Franken. Der Grund ist, dass die relative Steuerkraft des Kantons im Berechnungsjahr 2024 stärker gestiegen ist als diejenige der Stadt Winterthur. Der Zentrumslastenausgleich beträgt 89,9 Millionen Franken. Als festgelegter Betrag, der jeweils nur der Teuerung angepasst wird, weicht dieser nur minim vom Vorjahr ab.

Hohe Investitionen in die Infrastruktur

Für Investitionen in das Verwaltungsvermögen sind netto 262,9 Millionen Franken vorgesehen. Der starke Anstieg gegenüber dem Vorjahresbudget um 26,1 Millionen Franken ist im Wesentlichen auf die Sanierung der Kehrrichtverwertungsanlage (KVA) zurückzuführen. Für den Ersatz der Verfahrenslinie 2 sind im Budgetjahr Ausgaben von 35,0 Millionen Franken eingestellt. Hinzu kommen etwa Investitionen in die Erneuerung und Erweiterung von Schulraum (20,9 Mio. Fr.) und in die Strasseninfrastruktur (19,9 Mio. Fr.). Aufgrund des Gewinns in der Erfolgsrechnung ergibt sich trotz des hohen Investitionsvolumens ein errechneter Selbstfinanzierungsgrad von 102 Prozent.

Wachsender Druck auf die Stadtfinanzen

Winterthur wächst und bleibt für viele Menschen attraktiv. Als Zentrumsstadt erfüllt Winterthur zudem wichtige Aufgaben für die gesamte Region. Um die Qualitäten der Stadt langfristig zu sichern, treibt der Stadtrat wichtige Vorhaben wie die Energie- und Klimaziele voran und investiert in die öffentliche Infrastruktur und die städtischen Leistungen. Das positive Ergebnis im vorliegenden Budget trägt dazu bei, diese Ziele weiterzuverfolgen. Gleichzeitig erhöht sich damit das Eigenkapital und die Nettoschuld wird verringert, was dem städtischen Finanzhaushalt guttut.

Das budgetierte Ergebnis ist allerdings massgeblich geprägt von der einmaligen Aufwertung städtischer Liegenschaften. Der Ertragsüberschuss darf deshalb nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die strukturellen Herausforderungen weiter akzentuieren. Vor allem in den kaum direkt steuerbaren Bereichen Bildung, Soziales und Pflegefinanzierung steigen die Kosten weiter stark an. In den Planjahren zeichnen sich deshalb Defizite ab. Hinzu kommt, dass viele wichtige Infrastrukturen erneuert oder ausgebaut werden müssen, darunter die Kehrrichtverwertungs- und die Abwasserreinigungsanlage sowie Schulhäuser und Alterszentren.

Damit Winterthur auch in Zukunft attraktiver Wohn- und Arbeitsort bleibt und ihre Aufgaben als Zentrumsstadt weiterhin wahrnehmen kann, beobachtet der Stadtrat die Entwicklung laufend. Nach innen steuert und priorisiert er seine Aufgaben konsequent. Gleichzeitig setzt er sich aktiv für eine faire Verteilung der finanziellen Ressourcen und Lasten ein. Insbesondere dort, wo durch finanzpolitische Massnahmen von Bund und Kanton Umverteilungen zulasten der Städte und Gemeinden drohen.

Weisung an das Stadtparlament: parlament.winterthur.ch